

22 FEB 1963

TAGESPOLITIK KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/38 - 22. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" fehlt</u> Das Dilemma der Haushaltsberatungen	44
2 - 3	<u>Am Beispiel anderer Staaten</u> Gemeinsamer Schritt für die deutsche Fremdenverkehrswerbung im Ausland Von Wolfgang Schwabe, MdB	52
3	<u>Tut er's oder tut er's nicht ?</u> Heinrich Hellweges Gewissenskonflikt	24
4	<u>"Nordismus" ist kein Ausweg</u> Europa-Krise überschattete Tagung des Nordischen Rates Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen, Adolph Rasten	46
5 - 6	<u>Pläne, Pleiten, Panikmacher</u> Prager Regime kämpft verzweifelt gegen Frost und Schnee Von Rudolf Hornig	89
7	<u>Aussichtsloser Wettlauf mit der Bevölkerungszunahme ?</u> Moskau: "Bitte, wandert auf andere Gestirne aus!" Von Bruno Kuster, Genf	49

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" fehlt

Das Dilemma der Haushaltsberatungen

sp - Der westdeutsche Zeitungsleser wurde in den vergangenen Tagen trotz Karnevalsstimmung erschreckt. Er mußte lesen, daß der Bundeshaushalt an allen möglichen Stellen um Hunderte von Millionen DM "aufgestockt" werden soll. Gleichzeitig erfuhr er, daß Steueraufkommen sei angeblich rückläufig, aber trotzdem habe Bundesfinanzminister Bahlgrün feierlich versichert, die Regierung sehe "noch keine Steuererhöhungen" vor.

Betrachtet man unabhängig von den Gefühlen, die jeden Normalbürger bei derartigen Meldungen und Ankündigungen beschleichen, die Einzelforderungen für die zu erhöhenden Etatansätze, dann scheint es, als seien diese - jede für sich - durchaus berechtigt. Nimmt man jedoch das Ganze und zieht den Additionsstrich, dann wird einem angst und bange vor der zu erwartenden Endzahl. Je nach Interessenlage, Einsicht oder Bedürftigkeit, will kaum jemand von seinen Forderungen abgehen. Zugegeben, das ist eine schwierige Situation.

Die Sozialdemokraten haben schon seit einigen Jahren vorausgesagt, daß jede Regierung, ganz gleich wie sie zusammengesetzt ist, früher oder später vor der Aufgabe steht, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu suchen. Deshalb hat sie im Bundestag die Auflegung und die für jedermann überschaubare "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" gefordert die zur Grundlage der Berechnung von volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen, sowie einer ausgeglichenen Finanzpolitik dienen soll. Seit 1956 wurde bei jeder Etatberatung im Bundestag dieser Gedanke zur Debatte gestellt. Aber immer wieder hatten die Bundesregierung und die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP die Notwendigkeit einer solchen "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" verneint. Erst anlässlich der Diskussion über die letzte Regierungserklärung befürwortete Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard den Vorschlag der Sozialdemokraten.

Was nun praktisch daraus geworden ist, kann man noch nicht übersehen. Wie es heißt, soll dem Bundeskabinett eine solche "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" bereits einmal vorgelegt worden sein. Man hat sich über finanzpolitische und wirtschaftspolitische Schwerpunktaufgaben unterhalten, um kurz danach feststellen zu müssen, daß dieser oder jener Minister oder gar der Bundeskanzler selbst durch Zusagen "seines Hauses" die gut gemeinten Überlegungen bereits wieder durcheinandergewirbelt hatte.

Jetzt muß der Haushaltsausschuß des Bundestages versuchen, dieses Durcheinander zu klären. Er muß ordnend eingreifen und sich bemühen, den finanziellen Anforderungen eines modernen Gemeinschaftswesens gerecht zu werden.

Das ist keine dankbare Aufgabe; sie muß aber bewältigt werden, da die Regierung ihre Führungsaufgabe nicht erfüllt.

Am Beispiel anderer Staaten

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Wenn in absehbarer Zeit im Deutschen Bundestag der Haushaltsplan für 1963 beraten wird, dann werden sich auch im Ringen um den Einzelplan des Bundesministers für Verkehr Regierung und Opposition mit aller gebotenen Gründlichkeit auseinandersetzen.

Die Zweckbindung der für den Straßenbau vorgesehenen, aber nur eingeschränkt bereitgestellten Steuergelder wird erörtert werden; die kriegsbedingten Sonderlasten als Hemmschuh der Bundesbahnentwicklung, das für und wider um neue Binnenwasserwege, das alles und vieles andere mehr gehört zu den großen Verkehrsdebatten in den Ausschüssen und im Plenum des deutschen Parlaments.

Diesen wirtschafts- und innenpolitischen Problemen wird, wie es den Anschein hat, ein finanziell weniger umfangreicher, aber dafür außenpolitisch wichtiger Punkt gegenüber stehen, zu dem eine einheitliche Willensbildung der Fraktionen herbeigeführt werden konnte. Der Ausschuss für Verkehr, Post und Fernmeldewesen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Haushaltsausschuss zu empfehlen, die Mittel im Titel 607 (Förderung des Reiseverkehrs nach Deutschland) im Einzelplan 12 um DM 3 Millionen zu erhöhen. In der Begründung heißt es u.a. "Die Erhöhung der Mittel für die Werbung für den Fremdenverkehr im Ausland sollte aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und im Interesse des Fremdenverkehrs erfolgen. Während der deutsche Tourismus ins Ausland stark zugenommen hat, hat sich der Ausländerreiseverkehr in die Bundesrepublik nicht günstig entwickelt. Dadurch fließen vergleichsweise immer mehr Devisen ins Ausland. So wird für 1962 mit einem Defizit von rund 2- 3 Milliarden DM in der Reiseverkehrsbilanz gerechnet, während 1957 noch ein Überschuss von rund 500 Millionen DM vorhanden war.

Vergleichbare andere Staaten geben für diesen Zweck viel mehr öffentliche Mittel aus und haben damit sichtlich beachtliche Erfolge erzielt. Bei uns kann mit den vorhandenen Mitteln wenig Neues mehr geschoben, denn bei gleichbleibenden Ansätzen sind sowohl die allgemeinen Kosten wie insbesondere die Mieten für Auslandsvertretungen der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr erheblich angestiegen; so verbleiben für die eigentlichen Werbeaufgaben immer weniger Möglichkeiten. Zu bedenken ist zudem, daß die Fremdenverkehrswerbung im Ausland immer auch eine außerordentlich wirksame Werbung für die Bundesrepublik bedeutet.

Der Plan, die Länder über ihre bestehenden einschlägigen Leistungen hinaus zu den Kosten der Auslandswerbung heranzuziehen, entstand, als sie noch nicht global zum Ausgleich des Bundeshaushaltes beitragen mußten. Unbeschadet der Notwendigkeit, die Bemühungen der Länder zu verstärken, darf keine Zeit mehr verloren werden, um diese Auslandsaufgabe des Bundes in einer wirksameren Form als bisher durchzuführen. Auch der Bundesrechnungshof hat in seinem Gutachten von 1961 über die Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr eine Erhöhung der Mittel für die Förderung des Ausländerreiseverkehrs nach Deutschland vorgeschlagen."

Jetzt ruht unsere Hoffnung bei den gewichtigen Kollegen des Haushaltsausschuss. Wenn vor wenigen Tagen dieser Punkt auch im bunten Kaleidoskop der Fragestunde im Plenum aufblitzte, dann war es wohl kennzeichnend, daß keiner der Abgeordneten die Diskussion vorzeitig aufgriff oder gar vertiefte. Man soll das bescheidene, aber sorgfältig miteinander geladene Puder erst behutsam in die Scheune bringen, bevor es zu guter Letzt noch im Wirbelwind der parlamentarischen Auseinandersetzung zerzaust wird.

+ + +

Tut er's oder tut er's nicht ?

Heinrich Hellweges Gewissenskonflikt

sp - Heinrich Hellwege, einst Gründer der auf spärliche Restbestände zusammengeschrumpften Deutschen Partei (DP), zeitweise Ministerpräsident von Niedersachsen, nun einfaches CDU-Mitglied und wohlbestellter Vertreter der beiden Großfirmen D. Haniel und Henschel, ist dieser Tage in einen bösen Gewissenskonflikt geraten. Er sollte zugleich "Rettungsanker" und "Brudermörder" sein, ein Ansinnen, das für einen ehrenhaften Mann fast unsittlich sein könnte. Ausgeheckt hatte diesen Plan der Bundesvorsitzende der CDU und Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, der, erschrockt durch das Ergebnis einer Meinungsumfrage, den Heinrich Hellwege zum Spitzenreiter der CDU im niedersächsischen Landtagswahlkampf machen wollte. Bei der Meinungsumfrage hatte sich gezeigt, daß die SPD mit 48 Prozent an der Spitze, die CDU dagegen mit 36 Prozent weit hinten im Rennen liegt. Zu allem Überflus ist der von der niedersächsischen CDU auserkorene langjährige Fraktionsvorsitzende Fricke weitgehend unbekannt, während Hellwege aus seiner DP-Glanzzeit vor seinem Fraktionskollegen ein Höchstmaß niedersächsischer Landespopularität genießt. Heinrich Hellwege soll - wie in Hannover bei der CDU erzählt wird - die Doppelrolle des Rettungsankers und Brudermörders abgelehnt ohne allerdings dadurch die Verärgerung der niedersächsischen CDU-Landesleitung über den bundesdeutschen CDU-Chef ausgeräumt zu haben. Wie der Film jetzt weiterläuft, ist noch ungewiß. Klar ist der CDU in Niedersachsen jedenfalls, daß ihr der Name Hellwege bei den Wahlen etwas einbringen könnte, daß sie andererseits jedoch vermeiden möchte, von ihrem eigenen unpopulären Fraktionsführer der Untreue bezichtigt zu werden.

+ + +

- 4 -

"Nordismus" ist kein Ausweg

Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen, Adolph Rasten

Der Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern auf wirtschafts- und zollpolitischen Gebieten sind nur einmal gewisse, buchstäblich natürliche Grenzen gesetzt. Das hat sich wieder bestätigt auf der Tagung des Nordischen Rates in Oslo, die von der großen europäischen Krise überschattet war.

Obwohl die fünf Länder - Dänemark, Island, Finnland, Norwegen und Schweden - sehr eng miteinander verbunden und verflochten sind, mußte man feststellen, daß der "Nordismus" kein Mittel ist, um aus dem Zwiespalt zwischen EWG und EFTA einen Weg zu finden. Wünschenswert wäre eine Formel, wodurch der Norden sich noch enger zusammenschließen könnte, um in wirtschafts- und zollpolitischen Bereichen den Schaden, der einzelnen Staaten, die durch die europäische Trennung entstanden sind, zu bereinigen. Aber die von der Natur aus gegebenen Verschiedenheiten der fünf Länder sind zu groß, als daß man durch eine Zollunion die Grenzen überbrücken könnte. Zweimal in der Nachkriegs-Geschichte hat es sich gezeigt, daß die nordischen Staaten von solchen Gelegenheiten abhängig sind. Einmal als der Plan über die Schaffung eines bewaffneten Neutralitätsbundes zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden im Jahre 1949 aufgegeben werden mußte, dann, als bald nachher auch die Ersatzlösung in Form einer Zoll- und Handelsunion zusammenbrach.

Es ist paradox, daß sich neuerdings die linksgerichteten "Volkssozialisten" Dänemarks an diese Utopie klammern, obgleich es dieselben Aksel Larsen-Leute waren, die in ihrer kommunistischen Vergangenheit gerade diese Idee als "Chauvinismus" ablehnten. Auf der Osloer-Tagung waren sämtliche andere Delegierte der parlamentarisch vertretenden Parteien einstimmig der Ansicht, man könne nicht das Dilemma zwischen EWG und EFTA durch ein zoll- und handelspolitisches Zusammenrücken der nordischen Länder aus der Welt schaffen. Das Problem ist und bleibt die Abhängigkeit Dänemarks von der Exportfähigkeit der Landwirtschaftsprodukte nach den Industrieländern und die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten der übrigen nordischen Länder, mit Rücksicht auf ihre eigene Lebensmittelproduktion, mehr Landwirtschaftsprodukte aus Dänemark abzunehmen oder für die Einfuhr aus Dänemark erheblich bessere Bedingungen anzubieten.

Sympathie und Verständnis wurden der dänischen Delegation bezeugt - sogar Verständnis für den Fall, daß Dänemark sich eines Tages gezwungen sehen würde, den "Alleingang" in die EWG ohne Großbritannien anzutreten. Die einzige praktische Möglichkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den fünf Ländern ist nur im Rahmen der Freihandelszone EFTA erreichbar - wurde auf der Osloer-Tagung festgestellt. Gleichzeitig waren sich alle Delegierten darüber einig, daß es auf keinem Fall zum Handelskrieg zwischen EFTA und EWG kommen darf und daß alles getan werden muß, um die Tür nicht zuzuschlagen, sondern daß die fünf nordischen Ländern durch ihre Freunde in der EFTA und ihre "geheimen Verbündeten" innerhalb der EWG aktiv für eine Auflockerung arbeiten müssen.

Pläne, Pleiten, Panikmacher

Prager Regime kämpft verzweifelt gegen Frost und Schnee

Von Rudolf Hornig

Auf einer Reihe wichtiger Gebiete sind die Prager Wirtschaftspläne in diesem Winter völlig gescheitert. Es handelt sich dabei vor allem um die Versorgung mit Strom und Kohle, um den Güterverkehr sowie um die Versorgung mit Wasser und Rohstoffen. Daß der bisherige Winter in der Tschechoslowakei besonders hart und schneereich war, steht ausser Zweifel. Die Pleite mit den Wirtschaftsplänen wurde zwar durch den Frost und Schnee bis zur Unerträglichkeit verschärft, aber sie deutete sich bereits im letzten Spätherbst an, als Prag den laufenden Fünfjahresplan stoppen und für dieses Jahr einen "Übergangsplan" ankündigen mußte. Nur so hoffte man der damals schon grassierenden Panikmache in weiten Schichten der Bevölkerung entgegentreten zu können. Jetzt hat der nicht eingeplante Verlauf des Winters dem Prager Regime geradezu einen Verzweiflungskampf gegen die Auswirkungen von Frost und Schnee aufgenötigt.

Fehlkalkulationen bei den Wasser-E-Werken

Der Bau der ersten großen Moldautalsperren (Schlapy südlich von Prag und Lippen im oberen Böhmerwald) hatte sich um Jahre verzögert, weil in beiden Fällen die Baupläne nicht stimmten und man es mit der Steigerung der Stromerzeugung noch nicht eilig hatte. Dadurch kam das ganze Bauprogramm der "Moldau-Kaskade" mit den weiteren Talsperren und E-Werken in Verzug. Glaubte man im vergangenen Jahr durch die beschleunigte Fertigstellung der größten Moldautalsperre von Orlik in Mittelböhmen mit einer Mammut-Hydrozentrale endlich die Versäumnisse aufgeholt zu haben, so gab es eine ungewöhnliche Trockenheit im Spätsommer und Herbst in ganz Böhmen, die den Wasserspiegel aller Moldautalsperren ständig absinken ließ. Statt mit dem Wasser zu sparen, mußten im Spätherbst die Turbinen von Orlik und Schlapy ständig in Betrieb gehalten werden, weil der planmäßige Auf- und Ausbau der Wärme-E-Werke nicht klappte.

Keine Waggon, keine Kohle

Der Waggonmangel in der Tschechoslowakei kann seit mehr als einem Jahr als chronisch bezeichnet werden. Schon zu Weihnachten 1961 gab es eine Waggonkrise, die jedoch vom Regime nicht als so gravierend angesehen wurde, daß man die Produktionspläne für Waggon für 1962 geändert hätte. Während das ganze Vorjahr hindurch die Angehörigen der Betriebe an den Wochenenden Waggon entladen und beladen mußten, um den "Waggonumlauf zu beschleunigen", wurden weiterhin Waggon ins Ausland exportiert - der Nachschub für das Inland reichte nicht einmal aus, um defekte Waggon zu ersetzen. Waggonreparaturen schleppten sich hin, weil es an Material fehlte. Schon im letzten Herbst mußte die Zuckerrüben-ernte fast durchweg mit den LKWs der Industriebetriebe abtransportiert werden, weil keine Waggon vorhanden waren. Sie fehlten sogar für den Abtransport der Kohle aus den Revieren, wo sich die Halden türmten und die Förderung immer wieder ausgesetzt werden mußte.

In Prag wurden Bürgerkommissionen eingesetzt, die erst nach einer Prüfung der Kohlenkeller und nur auf Antrag Hausbrand zuweisen. Ein bis zwei Säcke, mehr nicht. Es ist auch nicht mehr vorhanden.

Soldaten im Einsatz

Seit Wochen werden von einer zentralen Befehlsstelle in Prag Soldatenabteilungen überall dort zugeteilt, wo die Frost- und Schneekalamität akute Verkehrskrisen hervorruft. Ggänglich sind insbesondere in Ostböhmen, Nordmähren und in der Ostslowakei mehr als 1500 Soldaten im Einsatz. Aller Einsatz der Soldaten und Zivilisten hat jedoch nicht zu verhindern vermocht, daß das Regime im Rundfunk mitzuteilen gezwungen war, der gesamte regelmässige Personenzugverkehr in Mähren und der Slowakei müsse eingestellt werden. Die Strecken waren von Zügen blockiert, die im Schnee steckengeblieben waren. Die vorhandenen Loks mußten für den Transport von Kohle und Eisenerz abgezogen werden. Die Staatsbahnen verfügen schon lange über keine Arbeitskräftereserve, um die Strecken im Winter freizuhalten.

Eine besondere Erschwernis brachte in diesem Winter der Transport der sowjetischen Eisenerze aus der Ukraine (Kriwojrog). Die im Sommer schon sehr feuchten Eisenerzsendungen treffen jetzt als steinharte Eisklumpen ein, die mit den Waggons so festgefroren sind, daß sie jeder Schaufel und Spitzhacke widerstehen. Man versuchte es zuerst mit Sprengladungen und hat jetzt Soldatenabteilungen mit Flammwerfern eingesetzt. Bisher wurde nicht gemeldet, wie die für Prag so kostbar gewordenen Waggons dieses "Auftauen" überstehen.

Überall Wassermangel

Die ersten Hiobsbotschaften kamen Anfang Januar aus Prag. Die Wasserversorgung der Hauptstadt aus dem Teugebirge begann zu versagen. Der einzige Ausweg: mehr Moldauwasser über das gleichfalls in einem verspäteten Ausbau befindliche Filtrierwerk in Prag-Podol. Nur: die Moldau hatte lediglich dann ausreichend Wasser, wenn das B-Werk an der Talsporre Schlapý arbeitete. Also musste man das B-Werk oft auch dann arbeiten lassen, wenn man lieber den Wasserstau angereichert hätte. Die Folgen haben sich bereits eingestellt. In vielen Gemeinden herrscht Wassermangel. In Komotau hat jeder Bürger täglich Anrecht auf 30 Liter Wasser - bei Stromausfall stehen die Pumpwerke der Wasserleitung. In Lessa in Westböhmen wird Wasser auf Schlitten herangefahren. Warum? Die alten Brunnen sind zugefroren und die Wasserleitung ist seit zehn Monaten stillgelegt. Es fehlt ein drei Meter langes Rohrstück, weil über die Anschaffung bisher kein Beschluss der Gemeindevertretung vorliegt. In Gaclonž gab es - um nur ein weiteres Beispiel zu nennen - eine Serie von Wasserrohrbrüchen in den Wohnhäusern. Ursache: Die Reparaturen wurden offensichtlich vernachlässigt. Im Vorjahr stand von der für Hausreparaturen eingeplanten Summe nur ein Achtel zur Verfügung. Den Rest hatte man "eingespart" und so ein aktives Staatsbudget zustandegebracht.

Man kann nicht sagen, dass Frost und Schnee an allem die Schuld tragen, was jetzt an Kalamitäten über die Bevölkerung der Tschechoslowakei hereingebrochen ist. Menschliches Versagen auf höchster und unterster Ebene hat diese Kalamitäten geradezu herausgefordert und macht täglich die unmenschlichen Anstrengungen immer wieder zuschanden.

Aussichtsloser Wettlauf mit der Bevölkerungszunahme ?

Von Bruno Kuster, Genf

Die weltweite Bevölkerungsexplosion ist nach Ansicht von Professor Philip M. H a u s e r von der Universität Chicago ein wichtiges Hindernis für das wirtschaftliche Wachstum. Demgegenüber erklärte Akademienmitglied E. K. P e d o r o w aus Koskau auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik: "... schließlich bietet der eindrucksvolle Fortschritt in der Raumforschung Möglichkeiten für eine unbeschränkte Ausdehnung des menschlichen Lebensraumes lange bevor eine kritische Lage infolge der Beschränktheit der Erde eintreten könnte. Die Gefahr besteht nicht in einer Erschöpfung der Rohstoffe ..., sondern in ihrer planlosen, unorganisierten Verwendung."

Damit hat erneut ein maßgeblicher Wortführer der Sowjetunion das Problem einer bewußten Bevölkerungspolitik unter den Tisch gewiecht. Bitte wandert auf andere Continente aus, wenn es euch hier unten zu eng wird! Die fortschrittlichste Wissenschaft der Welt schießt euch pünktlich und mit unfehlbarer Treffsicherheit auf jeden beliebigen Planeten!

Die in den nächsten vierzig Jahren zu erwartende Verdoppelung der Weltbevölkerung war zwar kein zentrales Thema für die 1500 Wissenschaftler und Techniker aus aller Welt, die vor kurzem in Genf darüber beraten, wie die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit durch den vorrühftigen und zielbewußten Einsatz der modernen Kenntnisse rascher überwunden werden kann. Aber es ist klar, daß das gegenwärtige Tempo der Bevölkerungszunahme die heutigen Schwierigkeiten außerordentlich verschärft, auch wenn es sich später wieder verlangsamen sollte.

Wird die Erde zu klein ?

Es ist unerfindlich, auf welchen "marxistischen Grundgeden" sich die Sowjetideologen stützen, um ihre geradezu hysterische Abneigung gegen eine bewußte Bevölkerungspolitik zu rechtfertigen. Mit seinem großzügigen Hinweis auf die bevorstehenden spatialen Auswanderungsmöglichkeiten hat Akademienmitglied P e d o r o w indessen indirekt zugegeben, daß die Erde in absehbarer Zeit eben doch zu klein werden könnte....

Professor Hausser legte der Genfer Konferenz eine Studie vor, in welcher er ausführt, daß eine zu rasche Bevölkerungszunahme nicht nur gewaltige Probleme der Ernährung, Kleidung und Unterbringung aufwirft, sondern auch zu einem ungünstigen Altersaufbau der Bevölkerung führt. Schon heute ist die Hälfte der Einwohner mancher Länder weniger als achtzehn Jahre alt, was zur Folge hat, daß die wirtschaftlich aktive Bevölkerung übermäßig drückenden Unterhaltungspflichten nachkommen muß.

Phantastische Zahlen

Nimmt die Bevölkerung weiterhin im bisherigen Tempo zu, muß das Volkseinkommen der ganzen Welt von 1950 bis 2000 vervierfacht werden, um das europäische Pro-Kopf-Einkommen des Jahres 1950 zu erreichen. Könnte jedoch die durchschnittliche Bevölkerungszunahme von gegenwärtig 1,8 auf 0,5 Prozent gesenkt werden, könnte die für die zusätzlichen Erdbewohner benötigte Menge an Gütern und Dienstleistungen um 75 bis 80 Prozent gesenkt werden. Bleibt diese Verlangsamung jedoch aus, muß Lateinamerika bis zum Jahre 2000 sein Volkseinkommen verdreifachen, Afrika verdreizehnfachen und Asien auf das Einundzwanzigfache steigern, um im Jahre 2000 auf den europäischen Standard des Jahres 1950 zu erreichen.

Selbst wenn sich Professor Hausser um einige Prozente verrechnet hat, ist es verantwortungslos, sich noch länger um eine bewußte Bevölkerungspolitik herumzudrücken.